



## Ergebnisniederschrift der öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

---

<b>Sitzungstermin:</b>	26.11.2002
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18.00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20.50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadtverwaltung, Haus I, R. 405

---

### Anwesend sind:

Herr Dr. Menning, Manfred	SPD	
Frau Michalske, Anke	SPD	
Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	Leitung der Sitzung
Herr Jäkel, Ralf	PDS	
Herr Kutzmutz, Rolf	PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	PDS	
Herr Lehmann, Peter	CDU	
Frau Hüneke, Saskia	Grüne/B90	
Frau Busch, Jutta	PDS	
Frau Dr. Emmerich-Focke, Christina	SPD	ab 18.50 Uhr (während TOP 3.1)
Herr Kümmel, Harald		
Herr Mannhöfer, Burghard	Die Andere	
Herr Neumann, Uwe	SPD	
Frau Reimers, Babette	SPD	ab 18.55 Uhr (während TOP 3.1)
Herr Scharlock, Dieter	PDS	
Herr Gernhardt, Thomas	BüBü	
Herr Goetzmann, Andreas	i.V. GB IV	

### Nicht anwesend sind:

Herr Kruschat, Axel	Die Andere	entschuldigt
Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Herr Träger, Hans-Otto	PDS	entschuldigt
Frau Dr. von Kuick-Frenz, Elke Beigeordnete		entschuldigt

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Verständigung zur Tagesordnung
- 2 Bestätigung des Protokolls vom 12.11.2002
- 3 Überweisungen - Vorlagen der Verwaltung
- 3.1 Weiterer Betrieb der Hauptattraktionen der Bundesgartenschau - Beschlussvorlage  
01/SVV/0677 (Pkt. 5)  
Vorlage: 02/SVV/0680

- Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4 Überweisungen - Anträge der Fraktionen
- 4.1 Uferwanderweg im Bereich Villa Carlshagen  
Vorlage: 02/SVV/0767  
Fraktion CDU
- 4.2 Fahrrad-Ampeln  
Vorlage: 02/SVV/0776  
Fraktion PDS
- 4.3 ÖPNV-Anbindung Waldstadt  
Vorlage: 02/SVV/0816  
Fraktion PDS
- 5 Berichte und Informationen
- 5.1 Eingabe 37/02, Planung einer Anliegerstraße am Schlaatz  
Überweisung aus dem Eingaben- und Beschwerdenausschuss
- 5.2 BE Arbeitsgruppe Rahmenkonzeption Bornstedt/Katharinenholz
- 5.3 BE Berliner Vorstadt
- 5.4 BE Karstadt
- 6 Sonstiges

### **Nichtöffentlicher Teil**

- 7 Verkauf des Grundstücks Bertinistraße/Villa Jacobs in Potsdam  
Vorlage: 02/SVV/0711  
Oberbürgermeister, FB Gebäude- und Liegenschaftsmanagement  
- mit Änderungsantrag des Stadtverordneten Jäkel, Fraktion PDS -

### **Protokoll:**

#### **Öffentlicher Teil**

##### **zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Verständigung zur Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Seidel, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Nachtragstagesordnung liegt als Tischvorlage vor. Zur DS 02/SVV/0813 – Bauarbeiten Alter Markt – ist bereits in der gestrigen STVV ein Beschluss gefasst worden, so dass eine Behandlung im Ausschuss nicht mehr erforderlich ist..

Der Ausschussvorsitzende verweist darauf, dass die Eingabe (TOP 5.1) keine Überweisung aus dem Eingaben- und Beschwerdenausschuss ist, sondern eine Bitte an den SBW-Ausschuss die fachliche Seite zu diskutieren.  
Es wird vorgeschlagen, den TOP 5.1 vorzuziehen und nach der Protokollkontrolle zu behandeln.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche erfolgen nicht.

## **zu 2 Bestätigung des Protokolls vom 12.11.2002**

Der Protokollentwurf zur Sitzung vom 12.11.2002 liegt den Teilnehmern vor. Änderungs- oder Ergänzungshinweise werden nicht geäußert.

Abstimmung:

Der SBW-Ausschuss bestätigt das Protokoll vom 12.11.2002 mit 8/0/0.

## **zu 5.1 Eingabe 37/02, Planung einer Anliegerstraße am Schlaatz Überweisung aus dem Eingaben- und Beschwerdenausschuss**

Es wird festgestellt, dass kein Vertreter des Beschwerdeführers anwesend ist. Deshalb wird von Herrn Jäckel der GO-Antrag gestellt, die Problematik auf die nächste Sitzung zu vertagen, um eine ordnungsgemäße Einladung der Bürgerinitiative bzw. des Beschwerdeführers zu sichern.

Dem GO-Antrag wird mit 8/0/0 zugestimmt.

## **zu 3 Überweisungen - Vorlagen der Verwaltung**

### **zu 3.1 Weiterer Betrieb der Hauptattraktionen der Bundesgartenschau - Beschlussvorlage 01/SVV/0677 (Pkt. 5)**

**Vorlage: 02/SVV/0680**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Goetzmann bringt die Vorlage ein.

U.a. macht er auf einen in der Vorlage enthaltenen Übertragungsfehler aufmerksam (S. 9 Variante A, Erlöse statt 230 TEUR ist richtig 330 TEUR). Zugleich verweist er auf die als Tischvorlage ausgereichte Matrix, welche die Zahlen ausführlicher aufgefächert darstellt.

Anschließend berichtet Herr Goetzmann kurz über die bereits erfolgte Behandlung in den Ausschüsse FWL, BUGA, Kultur, B/Sp und informiert zusammenfassend über die dort gegebenen Beschlussempfehlungen.

In Bezug auf die übermittelten Beschlussempfehlungen anderer Ausschüsse bittet der Ausschussvorsitzende die Diskussion im SBW-Ausschuss auf folgende Aspekte zu beschränken:

- City-Management
- Beirat (Integration)
- Prüfung der Umsetzbarkeit

Das Einverständnis der Teilnehmer erfolgt.

Herr Kutzmutz spricht sich für die Einrichtung eines Beirates aus. In Bezug auf die Umsetzbarkeit sollte zu einem angemessenen Zeitpunkt überprüft werden, ob sich das Konzept bewährt hat. Weiterhin plädiert Herr Kutzmutz für die PDS-Fraktion für die Variante A, um damit alles in eine Hand zu geben.

Herr Lehmann erläutert, weshalb die CDU-Fraktion die Variante C nicht mitträgt und spricht sich ebenfalls für die Variante A aus, so dass alles in die Hand der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH (ET BF GmbH) gegeben wird, einschl. dem City-Management. Im Punkt 3 sei deutlich zu machen, dass es sich bei den 2 Mio € um eine Bruttozahl handelt. Den Antrag dazu wird er formulieren.

Herr Goetzmann macht bzgl. des Vorschlages zur Favorisierung der Variante A auf die vergaberechtliche Situation aufmerksam. Da sich die ET BF GmbH nicht zu 100 % in städtischen Eigentum befindet, wäre die Vergabe der Pflege des Lustgartens, des Veranstaltungsmanagements Volkspark, Lustgarten und Freundschaftsinsel vergaberechtlich ausschreibungspflichtig. Damit könnte keine direkte Vergabe an die ET BF GmbH erfolgen. Die Voraussetzung dafür wäre erst gegeben, wenn die Stadt die Gesellschaftsanteile

(50 %) , die gegenwärtig noch der Sanierungsträger Potsdam hat, erwerben würde.

Auf verschiedene Rückfragen der Teilnehmer wird durch Herrn Goetzmann, Herrn Härtig (GF ET BF), Frau Tuta (BUGA GmbH) eingegangen.  
Bzgl. des einzurichtenden Beirates besteht Einvernehmen zwischen den Stadtverordneten, der Verwaltung und dem ET BF.

Nach Abschluss der Diskussion verständigen sich **Herr Lehmann und Herr Kutzmutz auf folgenden gemeinsamen Änderungsantrag:**

**Pkt. 1 Die Bewirtschaftung und Pflege des Volksparkes, einschl. des Veranstaltungsmanagements, werden dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH ab 2003 gemäß Variante A übertragen.**

**Abstimmung: 4/4/0 (damit abgelehnt)**

**Pkt. 2 Die Pflege des Lustgartens sowie das Veranstaltungsmanagement im Lustgarten und der Freundschaftsinsel sowie die Koordinierung der Aktivitäten (City-Management) in der Innenstadt werden vorbehaltlich einer zu prüfenden und vorzunehmenden Änderung des Gesellschaftsvertrages der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH ab 2003 gemäß Variante A übergeben.**

**Abstimmung: 4/4/0 (damit abgelehnt)**

**Abstimmung des unveränderten Antrages DS 02/SVV/0680 (Überarbeitung vom 30.10.02)**

<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>4</b>
<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>4</b>
<b>Enthaltungen</b>	<b>0</b>

**(damit abgelehnt)**

#### **zu 4 Überweisungen - Anträge der Fraktionen**

##### **zu 4.1 Uferwanderweg im Bereich Villa Carlshagen**

**Vorlage: 02/SVV/0767**

Fraktion CDU

Herr Lehmann bringt den Antrag ein.

Herr Lohrenz (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass aus Sicht der Verwaltung eingeschätzt wird, dass die notwendigen Genehmigungen zur Errichtung einer Steganlage zur Weiterführung des Uferwanderweges im Bereich der Villa Carlshagen nicht erlangbar sind. Voraussetzung wäre der Abschluss eines entgeltpflichtigen Nutzungsvertrages mit dem Wasser- und Schiffsamt. Dieser wird in der Regel nur erteilt, wenn auch die Zustimmung des landseitigen Eigentümers hierzu vorliegt, da dem landseitigen Eigentümer durch den Bau des Parallelsteges die wasserseitige Zuwegung abgeschnitten wird.

Die Planungs- und Baukosten werden mit 330 T€ und die jährlichen Unterhaltskosten mit 6 T€ eingeschätzt. Das jährliche Nutzungsentgelt an das Wasser- und Schiffsamt würde 1,5 T€ betragen.

Verschiedene Ausschussmitglieder äußern die Ansicht, dass mit diesen gegebenen Informationen der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt sei.

Frau Hüneke bittet in der nächsten Sitzung (im nicht öffentlichen Teil) um Information, wie es mit dem Gesamtprojekt Uferwegkonzept aussieht. Wo laufen Verhandlungen, wie ist der Stadt, welches Ergebnis ist zu erwarten.

### **Abstimmung des unveränderten Antrages DS 02/SVV/0767**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob eine Weiterführung des Uferwanderweges im Bereich der Villa Carlshagen durch einen vor dem Grundstück zu bauenden Steg („Umstegung“) möglich ist. Der Stadtverordnetenversammlung ist hierzu im März 2003 zu berichten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	1
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	1

#### **zu 4.2**

#### **Fahrrad-Ampeln**

**Vorlage: 02/SVV/0776**

Fraktion PDS

Herr Kutzmutz gibt Erläuterungen zum Antrag.

Herr Becker (Bereich Verkehrsmanagement/Straßenbeleuchtung) informiert, dass die Ausrüstung von Ampelmasten mit Ampelgriffen möglich sei. Der Preis für einen „normalen“ Ampelgriff beträgt zur Zeit 38,30 € und ist im mittelfristigen Finanzplan nicht enthalten. Herr Becker macht darauf aufmerksam, dass es bei der Montage des Ampelgriffs Einschränkungen gibt, wie

- Montage nur möglich, wo Radfahrer und Fußgänger an demselben Übergang die Straße queren müssen und sich nach einem Signal mit einer Kombi-Maske (Fußgänger- und Radsymbol) im Leuchtfeld richten müssen
- auf Radwegen mit separaten Radfahrersignalen ist die Montage des Ampelgriffs an den entspr. Ampelmasten nicht möglich, da Radfahrer vor dem Signalquerschnitt an einer Haltelinie halten müssen (Gewährleistung, dass das Radsignal auch sichtbar für sie ist)
- der Ampelmast muss mind. 1,10 m von der Fahrbahnkante entfernt stehen
- auf kombinierten Geh- und Radwegen mit Blindensignalisierung ist dieser Griff aus Sicherheitsgründen abzulehnen.

Herr Gernhardt äußert (auch als Vertreter des ADFC), dass – auch wenn es im Zusammenhang mit dem Radverkehr in Potsdam dringendere Probleme gäbe - eine Prüfung, welche Ampeln geeignet wären, durchaus zu begrüßen sei. Ggf. könnte die Finanzierung durch Werbung erfolgen, so dass für die Stadt Kostenneutralität bestünde.

Herr Gernhardt schlägt vor, die Prüfung in unkomplizierter Weise in der Arbeitsgruppe Radverkehr bei der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem ADFC durchzuführen.

**Herr Kutzmutz als Antragsteller stimmt dem Vorschlag folgendermaßen zu: Die Ausstattung von Lichtsignalanlagen mit Griffen für haltende Fahrradfahrer wird in der Arbeitsgruppe Radverkehr der Stadtverwaltung geprüft. Hierzu ist mit dem ADFC e.V. abzustimmen, welche Fahrradampeln besonders für die Ausstattung mit derartigen Vorrichtungen geeignet sind. Aus dem Ergebnis der Abstimmung ist der Finanzbedarf zu ermitteln. Über das Ergebnis der Prüfung ist der SBW-Ausschuss zu informieren.**

**Bis zum Vorliegen des Ergebnisses aus der Arbeitsgruppe wird der Auftrag zurückgestellt.**

#### **zu 4.3**

#### **ÖPNV-Anbindung Waldstadt**

**Vorlage: 02/SVV/0816**

Fraktion PDS

Frau Kofer (Bereich Beteiligungssteuerung) verweist auf den Beschluss zum Nahverkehrsplan in diesem Jahr. Zur ÖPNV-Anbindung Waldstadt gibt es zw. 21.31 Uhr und 0.31 im 20-Minuten-Takt eine Busverbindung (N 16), die auch die Haltestellen Waldstraße, Am Kahleberg, Friedrich-Wolf-Str., Am Moosfenn und Bahnhof Rehbrücke, bedient. Die Fahrtdauer vom Bahnhof Potsdam über Babelsberg zum Bahnhof Rehbrücke ist ca. 10 Minuten länger.

Der Bus ist das wirtschaftlichste Verkehrsmittel; und ist flexibler einsetzbar. Die Überprüfung des Nachtverkehrs hat ergeben, dass der Einsatz von Straßenbahnen aufgrund des geringen Fahrgastaufkommens Waldstadt I und II nicht gerechtfertigt sei. Durch den Einsatz der Straßenbahn würde es eine Doppelverbindung Bus/Straßenbahn geben.

Die Verwaltung empfiehlt die Umwandlung in einen Prüfauftrag.

**Herr Kutzmutz als Antragsteller greift den Vorschlag der Verwaltung auf und stellt folgenden geänderten Antrag zur Abstimmung:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Verhandlung mit der ViP – Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH – prüfen zu lassen, wie im Rahmen der derzeit stattfindenden Überarbeitung des ÖPNV-Nachtverkehrs die Relation Platz der Einheit Richtung Bahnhof Rehbrücke stärker im Potsdamer ÖPNV-Nachtnetz berücksichtigt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 5        Berichte und Informationen**

**zu 5.2     BE Arbeitsgruppe Rahmenkonzeption Bornstedt/Katharinenholz**

Herr Goetzmann erinnert an die Diskussion in der vergangen Ausschusssitzung. Bzgl. dem von Herrn Meckelein geäußerten Anliegen ist überlegt worden, wie dem Rechnung getragen werden könnte.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Goetzmann für die konstruktiven Überlegungen nach einer Lösung und erläutert den Teilnehmern den für die Stadtverordnetenversammlung vorbereiteten Antrag (siehe Anlage).

Der Ausschuss verständigt sich einstimmig darauf, dass der Antrag – als Signal gegenüber den Betroffenen - der STVV 4.12.02 als Dringlichkeitsantrag zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollte. Die Ausschussbetreuerin, Frau Kropp, wird gebeten, den Antrag umgehend an das Büro der Stadtverordnetenversammlung weiter zu leiten.

**zu 5.3     BE Berliner Vorstadt**

Herr Goetzmann teilt mit, dass zwischenzeitlich eine Verständigung mit dem VGS erfolgt ist und erläutert die Planung an Hand der Karte. Erreicht werden konnte die Einordnung einer vergrößerten Kleingartenzahl. Damit können 22 Gartenparzellen (6.300 m<sup>2</sup>) untergebracht werden. Detaillösungen/Gespräche bzgl. der notwendigen Erschließung müssen noch folgen.

Der VGS hat keine prinzipiellen Einwände. Dies hat Herr Niehaus mit Datum vom 25.11.02 dokumentiert.

Zur Zeit laufen Verhandlungen mit der Eigentümerseite bzgl. der Übernahme der Kosten des B-Plan-Verfahrens.

Auf dieser Basis empfiehlt Herr Goetzmann, dass die Beschlussfassung der Vorlage in der STVV am 4.12.2002, ohne nochmalige Überweisung in die Ausschüsse, erfolgen sollte. Der entspr. geänderte Plan wird für die STVV am 4.12. als Austauschblatt zur Ver-

fügung gestellt.

Herr Jäkel kündigt für die STVV 4.12.02 einen Änderungsantrag an.

#### **zu 5.4 BE Karstadt**

Herr Lehmann informiert über die im Ergebnis der intensiven Kontakte zwischen Bauherren und Verwaltung erreichten Sachstände und die weiteren Schritte wie folgt:

- Abbruchgenehmigung für alten Warenhausstandort ist seit langem erteilt,
- Städtebaulicher Vertrag liegt beurkundungsreif vor; Beurkundung soll auf Wunsch des Vertragspartners zusammen mit dem Kaufvertrag-Parkhaus erfolgen,
- Baugenehmigung für Parkhaus wird zum Monatsende erteilt,
- Kaufvertrag zum Parkhaus ist in der Schlussabstimmung; Stadt erwartet Bestätigung in der laufenden Woche,
- Zustimmung zur Förderung wird ebenso in der laufenden Woche erwartet,
- Fördervertrag ist vorbereitet und muss dann um die Inhalte der Zustimmung ergänzt werden,
- mit Beurkundung des Kaufvertrages-Parkhaus wird die Auflassungsvormerkung und die Bestellung der Dienstbarkeit geregelt,

damit ist unmittelbar die Voraussetzung für die rechtliche Sicherung des Stellplatznachweises zum Warenhausprojekt erbracht,

nach Übermittlung dieser Vertragsinhalte kann die Baugenehmigung zum Standort Brandenburger Straße ausgereicht werden.

Darüber hinaus wird über Kontakte mit den Bauherren zu folgenden Themen informiert:

- Erhöhung der Attraktivität der Jägerstraße im Rahmen der geplanten Sanierungsmaßnahmen und i.V.m. einer verbesserten Querung der Hegelallee, Baustellenlogistik,
- Abstimmung der Baumaßnahmen mit Nachbarn

Die weitere Berichterstattung erfolgt im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

#### **zu 6 Sonstiges**

Herr Putz bittet an der Bushaltestelle Freiligrathstraße, Hauptzugang Schule Bereich Oberlinhaus, um eine Sicherung des Übergangs, z.B. Kenntlichmachung mit Hilfe eines Schildes.

Herr Lohrenz teilt mit, dass es sich hier um eine verkehrsrechtl. Anordnung handelt. Er wird den Bereich Straßenverkehrsbehörde um Prüfung bitten.

Herr Dr. Menning bittet den Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen zu prüfen, in wie weit die Sitzplätze auf dem Luisenplatz optimal verteilt sind.

Frau Michalske erinnert den Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen an die Beantwortung des Anliegens Fußgängerweg Kirchsteigfeld, Verbindung KSF – Drewitz.

Herr Lohrenz sichert die Antwort zu.